

**Jahrbuch für Internationale Germanistik**  
**Reihe C • Band 8**

## EINLEITUNG

Ein stereotyp vorgetragener Befund in politischen Debatten lautet, das politische Interesse der Bürger sei rückläufig, was vor allem auf die zunehmende Undurchsichtigkeit der institutionellen Entscheidungsfindungsprozesse zurückzuführen sei. Das wiederum sei dafür verantwortlich, dass das staatsbürgerliche Selbstbewusstsein stetig sinke, – politische Vorgänge zu verstehen und durch eigenes Engagement beeinflussen zu können, werde schwieriger oder gar ganz unmöglich. Andererseits ist der Bürger in Deutschland wohl noch nie so massiv mit dem Politischen konfrontiert worden wie heute: Was allein das Medium Fernsehen in dieser Beziehung anbietet, übersteigt das Maß einer Grundversorgung schon bei den öffentlich-rechtlichen Hauptprogrammen, und das Angebot wird durchaus angenommen. Die Zahl der politischen Talkshows von Medien-Akteuren wie Christiansen und Illner oder politischen ‚Grenzgängern‘ wie Späth, Roth, Gysi, Friedman etc. scheint nach oben unbegrenzt. Zudem können auf einem eigenen Kanal Parlamentsdebatten und Pressekonferenzen in aller Ausführlichkeit verfolgt werden. Auch in dieser Perspektive ist die Frage Sigrun Anselms, der sie in diesem Band nachgeht, nur allzu berechtigt: Wie stellt man es angesichts dieser extremen Performance des Politischen noch an, von der Politik verschont zu bleiben?

Die Schnittstellen von politischer Praxis und öffentlichem Raisonement darüber sind zu Nahtstellen geworden, die Arbeitsteilung etwa zwischen Medien- und Politik-Charakteren oder den Orten politischen Handelns zunehmend aufgehoben. Zwar sind die Öffentlichkeitseffekte evident, doch sind diese Formen der Diskursivierung des Politischen in die elektronischen (und zunehmend digitalen Medien) nicht mit einer substantiellen Steigerung der Transparenz des parlamentarischen Prozesses zu verwechseln. Noch weniger geht die mediopolitische Entwicklung einher mit einem entscheidenden Durchbruch bei der Frage, wie mehr Partizipation der Bürger bei der Entscheidungsfindung ermöglicht werden könnte. Modelle wie „E-Voting“, „virtuelle Demokratie“ u.ä. sind nach der ersten Euphorie kritisch zu hinterfragen, und zunächst einmal ist die demokratietheoretische Basis zu erörtern. Wenn z.B. von Alemann meint, der Gegensatz von parlamentarischer und plebiszitärer Demokratie, wie er früher postuliert wurde, scheine aufgehoben zu sein, dann sind direktdemokratische Elemente mit höchster Priorität voranzutreiben – und zwar ganz unabhängig von mechanistischen Optionen.

Vor diesem Hintergrund will der Band „Öffentlichkeit, Partizipation, politische Kultur“ verschiedene Überlegungen und Neuorientierungen diskutieren, die den Veränderungsprozessen etwa innerhalb der Politikvermittlung und politischen Kommunikation Rechnung tragen. Diese resultieren, darauf kann man sich schnell einigen, aus der besonderen Dynamik der veränderten

Anforderungen an die Prozesse politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung (Stichworte: „Digitalisierung“, „Globalisierung“, „Biotechnologie“ usw.). Fast sämtliche politischen Prozesse scheinen sich innerhalb eines von vielen bereits als virtuell aufgefassten medialen Bereiches erneut zu reproduzieren. Öffentlichkeit erhält im Kontext der Technischen Kommunikation eine erweiterte, zunehmend substantielle, eigendynamische Qualität. Die politische Kultur, wie wir sie bisher wahrgenommen haben, steht möglicherweise vor einschneidenden Veränderungen. Oder sind sie vielleicht doch gar nicht so sonderlich gravierend?

Auch die Kulturpolitik ist nach ihren Interventionen in diesem Prozess gefragt. Demokratie und ihre stetige Fortentwicklung als kulturelles Projekt zu begreifen, dafür findet man im Deutschland des 21. Jahrhunderts angesichts der Hegemonie des ökonomischen Diskurses kaum noch Gehör. Auf ein vergleichbares Signal, wie es Willy Brandts Regierungserklärung 1969 darstellte, wird man nach Lage der Dinge lange warten müssen. Doch jenseits von Maastricht-Kriterien, Einsparzielen und DAX-Kurven ist es ein redliches Bemühen, für bessere Zeiten vorzusorgen und über die Zeiten zu retten, was – an elaborierter, politischer oder ‚ästhetischer‘ Kultur – in über 50 deutschen Jahren entstanden ist. Hierhin gehört auch die Frage, ob es legitim ist, etwas davon zu überliefern in Gesellschaften, die weniger Glück hatten und sich in langwierigen Transformationsprozessen befinden.

Zu Beginn des Bandes widmet sich Sigrun Anselm dem fundamentalen Anspruch, einer kulturellen *conditio sine qua non* unserer Gesellschaft, dem der Gerechtigkeit und der Frage, wie es darum und damit um soziale Balance bestellt ist. Notwendig wird dabei an Konzepte der außerparlamentarischen Opposition erinnert, wie es auch der anschließende Beitrag von Rüdiger Hentschel tut, indem er eine Verbindung zwischen dem direktdemokratischen Konzept von Aufklärung und Aktion der Protestbewegung der Sechzigerjahre und der No-Global-Bewegung der Gegenwart untersucht. Reiner Matzker schließt Überlegungen an, die sich den Stichworten „Mediokratie“ und Bildungskultur widmen. Hinsichtlich der Tragweite der durch die elektronischen und digitalen Programme bedingten Erkenntnis- und Wissenstransformationen, wird ein umfassendes kulturpolitisches Bewusstsein eingefordert, ohne dass man sich von Bildungszielen wie Emanzipation und Selbständigkeit, Mündigkeit und (Medien-)Kompetenz verabschieden muss.

Überleitend zu dem Schwerpunkt „Direkte Demokratie“ skizziert Siegfried Reinecke einige Dimensionen der Diskussion über die politische Kultur der Bundesrepublik, dabei für einen Partizipationsmix plädierend. Mit empirischem Material belegt Volker Mittendorf die Forschungslage zu Volksbegehren und Volksentscheiden im internationalen Vergleich und verdeutlicht dabei, dass vieles im Fluss ist.

Es folgt ein weiterer, notwendiger Blick über die Grenzen: Wie es um die „Kultur demokratischer Willensbildung“ auf EU-Ebene bestellt ist, darüber gibt die Europaabgeordnete Karin Jöns in ihrem Beitrag Auskunft. Und ein

anderer aktiver Politiker, Reinhard Loske, setzt sich mit einem Feld auseinander, auf dem die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren wie auf kaum einem anderen partizipatorisch – als „Verbraucher“ – aktiv geworden sind: der Umweltpolitik, die er als eine besondere Form von Kulturpolitik versteht. Volker Marwitz, der über reiche Erfahrungen in verschiedenen Niederlassungen des Goethe-Instituts Inter Nationes verfügt, thematisiert „Kulturpolitik“ im engeren Sinne. Er fragt im Besonderen nach den angemessenen Formen, mit denen sich die Bundesrepublik in ihrer wichtigsten kulturpolitischen Institution im Ausland vermittelt.

Die folgenden beiden Beiträge befassen sich mit den Optionen auf zivilgesellschaftliches Engagement, mit Neustrukturierungen politischer Kultur möglicherweise, die sich knapp auf die Begriffe „Attac“ und „Internet“ bringen lassen. Während sich Ursula Dreyer in demokratietheoretischer Perspektive mit globalen Netzwerken wie „Attac“ auseinandersetzt, greift Gerd G. Kopper in seinem Beitrag die positiven Potentiale solcher zivilgesellschaftlichen Initiativen auf, die sich die globalen digitalen Informationsmedien zunutze machen, setzt sich aber auch kritisch auseinander mit jenen Verheißungen, die im Internet das umfassende und durchgreifende Mittel zum Abbau von Demokratiedefiziten – als quasi partizipatorischen Durchbruch – erkennen wollen.

Viktor Kittlausz widmet sich der Frage nach der Wahrnehmung der indirekten Handlungsfolgen gesellschaftlicher Aktivität, ihrer Beurteilung und angemessenen Vermittlung mit den Interessen der Betroffenen. Er reflektiert dabei Tendenzen zur Ästhetisierung der Information und den nicht zu unterschätzenden Stellenwert informativer Gehalte des Ästhetischen.

Den Band beschließt eine material- und faktenreiche Polemik von Gerd Hansen über den durchschlagenden Erfolg eines Konzepts der Materialität von Kommunikation, dem bei allem ‚Kommunizieren‘ die Materialität abhanden gekommen ist, wo Politik sich in den Nebeln der Politikberatung mehr oder minder komfortabel eingerichtet hat.